Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 316. [32. Jahrgang.] **Berlin, Sonnabend den 8. Juli 1893, Abends.** [32. Jahrgang.] **Nr. 316.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 28: Brave Leute. — Vaterländische Erinnerungen: Zum 300jährigen Todestag des letzten Grafen von Hohnstein. — Mannigfaltiges: Neues aus dem Gebiet der Naturwissenschaft und Technik. Das Herz Afrikas. Seele im Vortrag. — Haus- und Landwirthschaft: Der Westerwälder Rindviehschlag. Ueber Sägespäne als Viehstreu. — Kleine Mittheilungen. — Landwirthschaftliche Literatur.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 8. Juli.

Die Ausschreitungen und Gesetzlosigkeiten, deren Schauplatz die französische Hauptstadt seit Ende der vorigen Woche ist, haben dazu beigetragen, daß rascher, als dies sonst wohl der Fall gewesen wäre, zwischen den konstituirten Gewalten der Republik und den in der Pariser Arbeitsbörse sich politisch organisirenden sozialdemokratischen Fachgenossenschaften die Machtfrage gestellt wurde. Daß es dahin kam, ja dahin kommen mußte, ist nicht die unmittelbare Schuld der gegenwärtigen Regierung, wohl aber die Schuld eines politischen Systems, welches eine Unterscheidung eingeführt hat zwischen Gesetzen, die ausgeführt werden, und solchen, deren Ausführung — aus Parteirücksichten — aufgeschoben, verzögert wird oder eben einfach unterbleibt.

Art. 4 des Gesetzes vom 21. März 1884 über die Fachvereine der Arbeiter schreibt unzweideutig vor, daß die Gründer eines jeden Syndikats die Statuten und die Namen Derjenigen, welche unter irgendeinem Titel mit der Leitung betraut sind, bei dem Bürgermeisteramt desjenigen Ortes, wo sich das Syndikat befindet, in Paris bei der Seinepräfektur, zu hinterlegen haben; daß diese Anmeldung bei jeder Direktions- oder Statutenänderung zu erneuern ist und daß sämmtliche Verwaltungs- oder Direktionsmitglieder Franzosen und im Genusse ihrer bürgerlichen Rechte sein müssen.

Das Gesetz besteht jetzt beinahe zehn Jahr; es haben sich unter demselben nahezu 2000 Arbeitersyndikate in Frankreich gebildet. Eine große Anzahl derselben hat in den 32 Arbeitsbörsen sich noch zu besonderen lokalen Verbänden zusammengeschlossen, die Pariser Arbeitsbörse allein umfaßt 270 Syndikate.

Nach Art. 9 des oben angezogenen Gesetzes können die Vorstände der den gesetzlichen Anforderungen nicht nachkommenden Syndikate gerichtlich verfolgt und zu einer Geldstrafe von 16—200 Fr. verurtheilt werden. Gleichzeitig kann von den Gerichten die Auflösung der betreffenden Syndikate ausgesprochen werden.

Wäre beim ersten Versuch, sich über die Anmeldepflicht hinwegzusetzen, sofort auf dem legal vorgeschriebenen Wege dem Gesetze Achtung verschafft worden, so konnte die Frage, ob man gehorchen solle oder nicht, gar keine allgemeinere Bedeutung gewinnen; jedenfalls hätte sie eine mehr oder weniger akademische bleiben müssen. Die republikanischen Regierungen aber haben lange Jahre hindurch in dem vom Handelsministerium herausgegebenen „Annuaire des Syndicats professionnels" die Zahl der nicht dem Gesetze vom 21. März 1884 nachgekommenen Syndikate regelmäßig verzeichnet, haben auch ruhig mit angesehen, wie die Arbeiter in ihrem offiziellen Genossenschaftsblatt die Gründe erörterten, warum es sich empfehle, prinzipiell dem Gesetze den Gehorsam zu versagen, — es ist aber nichts geschehen, um die in Art. 4 des Genossenschaftsgesetzes enthaltenen Bestimmungen und Vorschriften thatsächlich in Kraft zu setzen.

Daß die Syndikate sich gerade gegen die Anmeldevorschriften sträubten, mit deren Erfüllung doch kein unmittelbarer materieller Nachtheil verbunden sein konnte, beweist deutlich, daß die Opposition sich mit vollem Bewußtsein prinzipiell gegen die Autorität und Souverainität des Staates kehrte. Als Grund der Gehorsamsverweigerung wurde freilich angegeben, die syndizirten Arbeiter fänden es ungebührlich, daß den Bürgermeistern, welche zwar nicht immer selbst Unternehmer seien, aber jedenfalls Bourgeois wären und mit Unternehmern in Verbindung ständen, die Namen der Vereinsvorstände bekannt zu geben seien. Sodann könnten die Arbeiter — als Anhänger der internationalen Sozialdemokratie — nicht einsehen, warum sie sonst tüchtige Mitglieder, weil dieselben nicht auf französischem Boden geboren wären, nicht in den Ausschuß wählen sollten.

Unter den Syndikatsverbänden, welche sich unter dem Namen von „Arbeitsbörsen" in einer ganzen Anzahl größerer und kleinerer französischer Städte konstituirt haben, nimmt die Pariser Arbeitsbörse einen ganz bevorzugten Platz ein. Es ist die Stadt Paris gewesen, welche im vorigen Jahr den Fachvereinen des Seinedepartements den mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Franken errichteten Prachtbau der Arbeitsbörse beim Château d'eau-Platz zur Verfügung gestellt hat. Die Unterhaltung der Arbeitsbörse, Zentralheizung, Beamtengehälter u. s. w. erfordern, mit Einrechnung des Miethswerthes, über 300 000 Franken jährlich und dazu kommen noch die für den „Betrieb der Arbeitsbörse" ausgeworfenen 75 000 Franken, womit die Fachvereine aus dem Säckel der Pariser Steuerzahler die Kosten ihrer agitatorischen Thätigkeiten bestreiten.

Als der französischen Regierung vor einiger Zeit klar wurde, daß diese Agitation einen Umfang und eine Intensität angenommen habe, wodurch eine imminente Gefahr für die öffentliche Ordnung herbeigeführt sei, machte der Seinepräfekt mittelst Anschlags bekannt, daß alle Syndikate, welche nicht bis zum 5. Juli den Bestimmungen des Art. 4 des Fachgenossenschaftsgesetzes nachgekommen wären, an diesem Tag von der Arbeitsbörse ausgeschlossen würden. Darauf hin verbanden sich der leitende Ausschuß der Arbeitsbörse und der radikal-sozialistische Pariser Gemeinderath, um durch gehäufte Resolutionen von Massenversammlungen den „gesetzlichen Widerstand" zu organisiren und zugleich für den Fall, daß dies nöthig werden sollte, den ungesetzlichen am 5. Juli in der Arbeitsbörse selbst vorzubereiten. Die Regierung aber erklärte sich entschlossen, nicht nachzugeben; der Seinepräfekt sperrte den städtischen Zuschuß zu den „Betriebskosten" der Arbeitsbörse.

So standen die Dinge, als die aus der sittenpolizeilichen Bestrafung einiger Modellmädchen hervorgegangenen Unruhen es wünschenswerth machen mußten, nicht auch noch gleichzeitig zu einem akuten Konflikt mit der Sozialdemokratie Anlaß zu geben. Es war daher gewiß zu billigen, wenn auch durchaus nicht logisch korrekt, daß die Regierung am 5. Juli durch die Erklärung, sie werde die Erledigung der Syndikatsfrage nunmehr den Gerichten überlassen, die politische Administration gewissermaßen degagirte. Wenn sie nachher sich doch veranlaßt sah, die Schließung der Arbeitsbörse vorzunehmen, so scheint dies ein Beweis dafür zu sein, daß der Rückzug der Regierung die Umsturzpartei nicht beruhigt, sondern zu angriffsweisem Vorgehen ermuthigt habe. (Vgl. auch Rundschau.)

In der heutigen (4.) Plenarsitzung des **Reichstags** wurde die erste Berathung der Militairvorlage fortgesetzt. Das Haus ist nicht so gut besetzt wie gestern, auch die Tribünen zeigen verschiedene Lücken. Den ersten Redner stellt heute, wie erwartet war, das Zentrum in dem Abg. Gröber, welcher Eingangs hervorhebt, daß seine Partei seinen Grund zu erkennen vermochte, von ihrer früheren Stellungnahme abzugehen. Sie habe nach reiflicher Erwägung sich, und das unter voller Zustimmung der neu Hinzugetretenen, dafür entschieden, an ihrer früheren ablehnenden Haltung festzuhalten. Ein sachlicher Grund für die Erhöhung der Präsenzstärke sei nach wie vor nicht zu erkennen. Wenn man den Dreibund für den Schutz des Vaterlandes so niedrig beurtheile, dränge sich doch die Frage auf, ob man nicht den staatsrechtlich-organischen Zusammenhang mit Oesterreich in Erwägung zu ziehen habe. Im Uebrigen sucht der Zentrumsredner darzuthun, daß die Vorlage weder aus politischen, militairischen oder wirthschaftlichen Gründen begründet sei, und wendete sich dabei namentlich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Freiherrn v. Stumm. Eine Kommissionsberathung wünsche auch die Zentrumsfraktion nicht; sie werde eben die Vorlage pure ablehnen. Abg. Dr. v. Bennigsen legt den Standpunkt der nationalliberalen Partei für die Vorlage dar und betont dabei zunächst, indem er den Parteistandpunkt des Vorredners namentlich über die französischen Verhältnisse entgegentritt, daß die deutsche Heeresverwaltung zu einer Vermehrung der Friedensstärke durch die Organisationen der fremden Staaten gezwungen sei, und führt dann aus, daß wir, zumal mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Reichslande, Frankreich gegenüber jeder Zeit stark gerüstet sein müßten. Wie sehr wir uns in dieser Beziehung vorzusehen hätten, beweise das Schicksal von Jules Ferry. In der jetzigen Vorlage habe die Regierung von ihren früheren Forderungen nicht unerheblich nachgelassen, und es sei angezeigt, diese Forderungen zu bewilligen, um nicht später für die Ablehnung Nackenschläge seitens der Nation zu empfangen; sehr erfreulich sei die gestrige Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß die früheren Deckungsvorlagen nicht mehr existirten. Jedenfalls sei der baldige Abschluß der Vorlage, zumal im Interesse der wirthschaftlichen Verhältnisse, dringend erwünscht, wie denn auch einzelnen Gründen gegen die Vorlage stimmen würden, und verlangt, daß man auch die gewissenhafte Ueberzeugung seiner Freunde ehre, die ebenfalls nur Gott und sonst Niemand fürchten! Abg. Dr. Böckel (Deutsche Reformpartei) macht die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage von einer Erklärung des Reichskanzlers über die Deckungsfrage und besonders davon abhängig, daß keine neue Konsumsteuern zur Deckung der Kosten der Militairvorlage eingeführt werden. Redner empfiehlt dabei besonders die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer und hofft, daß keine neuen Militairvorlagen mehr kommen werden. Frankreich seien wir an Zahl überlegen und Rußland gegenüber sei doch das moralische Uebergewicht die Hauptsache. Reichskanzler Graf v. Caprivi wiederholte seine gestrige Erklärung, daß die Regierung doch das Vertrauen beanspruchen müsse, daß sie auf die Regelung der Deckungsfrage in der heilsamsten Weise Bedacht nehmen werde. Abg. Richter (freis. Volkspartei) suchte die Wahlniederlage seiner Partei in ähnlicher Weise — wie es in der „Freisinnigen Zeitung" bekanntlich geschehen — zu erklären. Verloren sei nur eine Partei, die sich selbst verloren gebe. Am Besten werde die Situation dadurch gekennzeichnet, daß Herr Böckel für dieselbe die Entscheidung sich gebe. Auch Herr v. Bennigsen habe früher niemals zu den begeistertsten Anhängern der Militairvorlage gehört. Das Programm des Herrn Reichskanzlers betreffs der Deckungsfrage sei mit Ausnahme der Börsensteuer ein rein negatives. In Frankreich bestanden allerdings solche großen Gegensätze in militairischen Dingen nicht, wie bei uns; das komme nur daher, daß in Frankreich eine parlamentarische Regierung bestehe, welche deshalb auch Vorlagen nicht einbringen würde, welche der großen Mehrheit des Volkes widerstrebten. Noch niemals wären in der deutschen Reichsregierung die militairischen Interessen so einseitig vertreten worden, wie jetzt. Wenn seine Partei in dem Widerstande gegen die Vorlage beharre, so thäte sie das, um dem Wohle des Vaterlandes zu dienen. Abg. Dr. v. Jazdewski erklärte Namens der Polen, daß sie einstimmig beschlossen hätten, in keine materielle Berathung der Vorlage einzutreten, aber für die Vorlage zu stimmen (Bravo!), und zwar nicht aus Liebedienerei, sondern weil sie glaubten, durch die Annahme der Vorlage den Interessen ihrer Wähler am Besten zu dienen. Auf diese loyale Erklärung werde hoffentlich die preußische und die Reichsregierung eine ebenso loyale Antwort geben. Abg. Rickert (freis. Vereinig.) protestirt dagegen, daß er aus Staatsklugheit, nicht aus Ueberzeugung für die Vorlage stimme. Wenn er dem Grundgedanken der Vorlage zustimme, so verletze er durchaus nicht das Programm der freisinnigen Partei von 1884, das Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht verlangte. Er hoffe auch noch immer, daß der Herr Reichskanzler sich werde bereit finden lassen, die zweijährige Dienstzeit — also wie die Kompensationen gesetzlich festzulegen. Was die Deckungsfrage betreffe, so sei vor Allem eine volle Beruhigung darüber erforderlich, daß nicht den ärmeren Klassen der Bevölkerung die Lasten der Vorlage aufgebürdet werden würden. Der Schutz des Vaterlandes dürfe nicht von der Parteistellung abhängig sein. Liberalismus und das Interesse für die Wehrhaftigkeit unserer Armee ließen sich sehr gut mit einander verbinden. Er hoffe mit der Regierung zu einer Verständigung zu gelangen zum Wohle des Vaterlandes. (Bravo!) Darauf wurde die Debatte geschlossen. Es folgten persönliche Bemerkungen der Abgg. Frhr. v. Stumm, Frhr. v. Manteuffel, Dr. Lieber, Gröber. — Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 13. Juli, Mittags 12 Uhr. (Interpellationen Dr. Osann und Bebel; zweite Berathung der Militairvorlage.)

Man schreibt uns aus **Straßburg** vom 6. Juli:

„Die durch landesherrliche Verordnung vollzogene Amtseinhebung des Bürgermeisters Spies zu Schlettstadt hat in einem Theil der deutschen Presse zu Aufstellungen geführt, welche mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehen. Und wenn da behauptet wird, daß der sogenannte Diktaturparagraph und sonstige Ausnahmegesetze bei Erledigung dieses Vorganges mitgewirkt hätten, so ist nichts irriger, als eine derartige Annahme, da es zu der an und für sich sehr einfachen Maßregel weder des Diktaturparagraphen noch sonstiger Ausnahmegesetze bedurfte, jene vielmehr nichts Anderes ist als der Ausfluß ordnungsmäßiger, gesetzlicher Befugnisse, wie solche jedererzeit der Regierung des Landes zustehen. Die jeweiligen Bürgermeister in Elsaß-Lothringen werden sobald nicht Berufsbürgermeister in Betracht kommen — seitens der Regierung auf der Mitte der Gemeinderäthe entnommen. Sie sind, neben ihren rein kommunalen Obliegenheiten, zugleich mit Ausführung der kaiserlichen Polizei betraut; ihre Stellung ist analog derjenigen der Amtsvorsteher in Altdeutschland. Unter allen Umständen müssen sie als Vertrauensmänner der Regierung gelten, weil sie in hervorragender Weise dazu berufen sind, an den Aufgaben der Verwaltung mitzuarbeiten. Naturgemäß muß es wiederum der Regierung daran gelegen sein, solche Vertrauenspersonen den ihnen eingeräumten Wirkungskreisen möglichst lange erhalten zu sehen, sofern sie sich eben dieses Vertrauens würdig zeigen. Erscheint dasselbe jedoch irgendwie erschüttert, dann freilich dürfte es als weitere Pflicht der Regierung zu betrachten sein, daß sie den betreffenden Persönlichkeiten gegenüber daraus kein Hehl macht. Ein feinfühliger Mann wird der so veränderten Situation alsbald Rechnung tragen und aus freiem Antriebe von einer Stellung zurücktreten, in der er kaum noch ein ersprießliches Wirken dürfte entfalten können, da ihm dazu die Hauptbedingung, das Vertrauen an höchster Stelle, abgeht. Glaubt er indessen aus irgend welchen Rücksichten — die ihre Nahrung gewöhnlich aus ganz anderen Sphären schöpfen — solchen Gesetzen gesellschaftlicher Moral sich entziehen zu sollen, nun, so wird er sich nicht darüber verwundern dürfen, wenn können, wenn die Regierung pflichtgemäß von ihren guten Recht Gebrauch macht und ihn, da er den ehrenvollen freiwilligen Rücktritt verschmäht, seines Amtes enthebt. Ganz so erscheint der Fall Spies gelagert, der seitens der oppositionellen Presse zu einer ihm gar nicht gebührenden Bedeutung aufgebauscht und demgemäß verwerthet wird. Als man vor mehr als Jahren dem Rentner Spies in Schlettstadt das Amt eines Bürgermeisters dortselbst übertrug, glaubte die Regierung, ihm alles Vertrauen schenken zu dürfen. Allgemach aber hat sich offenbar die Sachlage geändert. Seit Jahren schon walteten ernstliche Differenzen zwischen dem Bürgermeister und dem ihm vorgesetzten Kreisdirektor Poehlmann ob. Die letzten Reichstagswahlen, bei denen der Kreisdirektor Poehlmann gegenüber der klerikalen Oppositionspartei den Sieg davontrug, dürften zur Verschärfung jener Gegensätze beigetragen haben. Hat sich der bisherige Bürgermeister Spies irgend welche Verdienste in kommunaler Hinsicht oder sonst wie erworben, so wird ihm solche Niemand streitig machen wollen. In keiner Weise aber konnten dieselben ein Verfahren aufhalten, von dessen Nothwendigkeit die Regierung überzeugt war. Sie konnte unmöglich fernerhin auf einer so wichtigen Stelle einen Mann belassen, der nicht mehr ihr Vertrauen besitzt und den ihm angewiesenen Wirkungskreis in erspießlicher Weise nicht mehr auszufüllen vermochte. Deshalb erfolgte, da Herr Spies der Aufforderung, sein Amt niederzulegen, nicht nachkam, seine Amtsentlassung; jede andere Version ist der Wahrheit nicht entsprechend."

Gestern Abend lasen wir in der **„Germania"**: **„Vorbereitungen zu einer Neuwahl** für den Reichstag werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, von der Regierung bereits getroffen für den Fall einer abermaligen Ablehnung der Militairvorlage. Ist dem so, dann muß das Vertrauen der Regierung auf Annahme derselben nicht gar zu stark sein. Und das hat seinen guten Grund."

So das Organ Lieber. Die übrige Presse hat den damit beabsichtigten Puff gebührend gewürdigt. Kein Blatt, nicht einmal die „Freis. Ztg." des Herrn E. Richter, die doch sonst jedes „Körnchen" aus der „Germania" auflieft, hat von dieser doch so sensationellen Ankündigung Notiz genommen: nur die „Voss. Ztg." meint, die Nachricht klinge

---

Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

Berlin, den 8 Juli 1893.

In der Lehre bei Louis Spohr.

Aus den Lebenserinnerungen eines Siebzigers.

II.

Als die erwähnten Privat-Streichquartett-Aufführungen stattfanden, war Spohr beinahe ein Siebziger. Von den drei Werken, die regelmäßig geboten wurden, spielte er in zweien die erste Geige; in dem gewöhnlich zwischen diesen ausgeführten Quartett figurirte als Hauptvioliniſt ſein Lieblingsſchüler Bott, er aber übernahm zu ſeiner Erholung die bis dahin von dieſem beſetzte zweite Violine. Der ausgezeichnete Bratſchiſt Teichert exekutirte die Viola, der berühmte Violoncelliſt Dotzauer den Baß. Regel war, daß ein Spohr'ſches Quartett mit auf der Tagesordnung ſtand, welches ſelbſt vorzuführen er ſich nie nehmen ließ.

Und ſo hatte ich denn die Freude, das oben erwähnte A-moll-Quartett in einer Soirée bei Wolf eigenhändig von Spohr als erſtem Violiniſten exekutirt zu hören.

Es ſind beinahe 50 Jahre. Noch gedenke ich des Augenblicks, als ich ihn tief ergriffen anredete: „Herr Kapellmeiſter, das iſt zu viel Ehre für mich." Er ſchmunzelte und meinte, ich ſoll dies nur auf ſich beruhen laſſen, aber recht bald ein neues, vollendeteres Stück liefern, dann verſpräche er mit auch, es wiederum auf ſein Programm zu ſetzen.

Außer jenen ſtereotypen Abenden gedenke ich der muſikaliſchen Unterhaltungen in Spohr's eigenem Hauſe. In dieſen wirkte er ſelbſt nicht mit, ſondern hatte in einem Nebenzimmer eine Whiſtpartie arrangirt; er affektirte dann, von da aus den mittelmäßigen Muſikleiſtungen der dilettantiſchen Bekannten von Madame Spohr zu folgen. Ich aber wollte wetten, er hörte gar nicht hin — was man ihm auch nicht verdenken konnte. Whiſt ſpielte er eben ſo gern wie Billard, weshalb ein ſtehender Whiſttiſch ihm Bedürfniß war.

Und da vom Billardſpielen die Rede iſt, ſo führe ich an, daß Spohr, wenn er um 1 Uhr geſpeiſt, täglich von 2—3 in das feiner Wohnung naheliegende ſogen. Leſemuſeum ging, wo er, um ſich eine Verdauungsbewegung zu machen, einige Partieen ſpielte. Oft mußte ich ihn von dort auf ſeinen Wunſch zu meiner angeſetzten Muſikſtunde abholen, da er im Eifer des Kugelſtoßens leicht den für die Lektion beſtimmten Tag vergaß. Nicht ſelten hielt er mich auch wohl gar noch zu einem neuen Spiel feſt, wenn er nämlich den Nachmittag nicht noch anderweitig beſchäftigt war und ſo der Unterricht auch ein halb Stündchen ſpäter beginnen konnte.

Bei aller Sorgfalt, die Spohr beim Lehren mir widmete, glaubte ich doch, zu bemerken, daß ſein Intereſſe für die Violinſtunden, welche er außerdem ertheilte, ein größeres war. Und das darf nicht Wunder nehmen, denn als Geiger war er ja der Stifter der großen deutſchen Violinſchule, weshalb es ihm am Herzen lag, ſeine Methode und das von ihm Erſchaffene in ſeinen Schülern fortzupflanzen. Er ſchenkte uns Joachim, wenn auch nur indirekt: Spohr zeugte David, David zeugte Joachim.

Oder ſollte dem Meiſter mein Talent ſo geringfügig erſchienen ſein, daß er deshalb ſeinen begabten Schülern Bott und Knob den Vorzug gab?

Meiner Perſon, das weiß ich, konnte die Zurückſetzung nicht gelten, denn er forderte mich nach beendeter Lektion öfters auf, mit ſeiner Frau und deren Schweſter, Fräulein Lina Pfeiffer, einer alten Jungfrau — Beide waren recht muſikaliſch — zu muſiziren. Wenn ich dann mit einer oder der anderen dieſer Damen à quatre mains ſpielte, ſetzte er ſich gewöhnlich mit ans Klavier und ertheilte den Frauen ſeinen Rath beim Vortrag. Eben war Mendelsſohn's „Sommernachtstraum" vierhändig erſchienen, und der Meiſter war begierig, die ihm bis dahin unbekannte Muſik, ſei es auch nur oberflächlich, kennen zu lernen. Ich ſehe ihn noch am Piano bei uns ſitzen, mit in das Notenheft gucken, und höre, wie er die verſchiedenen Stimmen, je nachdem, einmal Sopran, dann wieder Baß oder Tenor und Alt ſtötete, pfiff und brummte. Das neue Werk gefiel ihm ungemein — Schwärmerei lag nicht in ſeiner Natur —, aber er lobte es mit einer gewiſſen Begeiſterung; überhaupt war er ein großer Verehrer von Mendelsſohn, nur daß er deſſen angenommenen Härten und Diſſonanzen, ſo drückte ſich Spohr aus, nicht beiſtimmen konnte. Sein muſikaliſches Glaubensbekenntniß sans phrase war Mozart; an Beethoven mäkelte er viel herum, für Weber hatte er gar keine Sympathie, und unſeren Heroen, wie Bach und Händel, ja ſelbſt dem großen Dramatiker Gluck konnte er nicht den Geſchmack, den er an geringeren Geiſtern fand, abgewinnen. Sein Antipode aber war Meyerbeer, über den er ſich immer nur luſtig machte (natürlich ſehr mit Unrecht); er lachte, daß ihm die Thränen über die Backen liefen, als H. Heine ein Spottgedicht über die ſchwere Geburt der „Afrikanerin" aus dem Aermel geſchüttelt hatte, und ſtimmte den ſatiriſchen Bemerkungen, die reichlich darin vorhanden, gern zu.

Dagegen hatte er andere Größen zweiten Ranges, wie Marſchner, Kreutzer, Onslow, dann die Franzoſen Boieldieu, Grétry, Méhul, Hoard, die Italiener, Cherubini und Cimarosa — mit Roſſini und Bellini durfte man ihm nicht kommen —, Ferdinand Ries, Lortzing, ja ſelbſt Hiller und noch einige neuere Meiſter ſehr lieb. Ueber alle dieſe Autoren habe ich mit ihm konverſirt. Wagner erkannte er ein großes Talent zu und gedachte oft lobend des merkwürdigen Mannes, nur deſſen Epigonen verſpottete er, namentlich war ihm die Liszt'ſche Schreiberei — ich zitire ſein eigenes Wort, ohne es verantworten zu wollen — „ein Gräuel".

Spohr's praktiſche Thätigkeit erſtreckte ſich auf die Direktion der Oper im kurfürſtlichen Theater und der Abonnementskonzerte, in denen er nicht ſelten bei ſo vorgerücktem Alter noch als Virtuoſe auftrat. Ich hörte ihn dort ſeine berühmte Geſangsſzene ſpielen, ſpäter dann eine originelle, eben von ihm vollendete Kompoſition, nämlich ein konzertirendes Streichquartett mit Orcheſterbegleitung, in welchem er die erſte Geige ſtrich.

Ich glaube, er hat jenes Quartett nicht verlegt, und es wird wohl nur als nachgelaſſenes Werk im Manuſkript vorhanden ſein; wäre es untergegangen, ſo würde ich dies für einen nicht geringen Verluſt halten. Es hätte wohl der Mühe gelohnt, ſchon des eigenthümlichen Muſikgenres wegen und, weil von Spohr, das Stück in klaſſiſchen Konzerten zur Geltung zu bringen.

Der Meiſter erlaubte mir und anderen Schülern, uns vor Beginn der Oper in der Nähe des Theatereingangs einzufinden, von wo er uns bis zur Thür des Parterre's begleitete, in das zwar dann gratis eintreten durften; die Schlieſſer reſpektirten ſeine Autorität. Da erinnere ich mich, daß ich einmal zur „Zauberflöte" nicht erſchienen war. Als ich am nächſten Tage die Lektion nahm, fragte er mich, ob ich unwohl geweſen. Ich war in eine Geſellſchaft geladen. „Wie iſt es möglich", meinte er, „daß Sie ein ſo belehrendes Werk zu hören verſäumen? Ich hoffe, daß dies nicht wieder vorkommt und daß Sie lieber alles Andere im Stich laſſen." Ich ſchämte mich.

So wie Spohr mir ungeſchminkt die Wahrheit ſagte, ſo nahm er auch im Orcheſter kein Blatt vor den Mund. Viele Mitglieder klagten über ſeine Derbheit; ich habe indeſſen nie gefunden, daß er widerſinnlich Jemand zu nahe getreten iſt.

Trotz ſeiner älteren Jahre unterließ unſer Meiſter nicht, ſeine Geſundheit durch körperliche Uebungen zu kräftigen. Er war noch jetzt ein guter Schwimmer; man ſah ihn Schlittſchuhe laufen, und bei eiſigem Oſtwinde machte er oft weite Promenaden. Jeden Sommer unternahm er während der zweimonatigen Theaterferien einen längeren Ausflug mit ſeiner Frau; reiſeluſtig war er ſtets.

1845 ging er nach Berlin, um daſelbſt „Die Kreuzfahrer" zu dirigiren. Auf Erſuchen von mir boten ihm meine Eltern ein Abſteigequartier in unſerem Hauſe an. Oft noch erinnerte ich der Meiſter mit Vergnügen der Stunden, die er in meinem väterlichen Heim verlebt. Er erzählte ausführlich von jenem Abende im traulichen Gärtchen, an welchem, nachdem „Die Kreuzfahrer" zum erſten Mal die Bühne paſſirt, Meyerbeer gleichſam als Feldmarſchall, die Kapellmeiſter Taubert und Dorn als deſſen Adjutanten, die Konzertmeiſter Gans, Ries und Zimmermann als Offiziere und alle Mitglieder der königlichen Kapelle als Soldaten ihm zur Erinnerung an jenen denkwürdigen Tag einen ſilbernen Lorbeerkranz überreichten.

Bei dieſer Gelegenheit hatte Meyerbeer, der kein beſonderer Redner war, eine Anſprache an den Geſeierten gerichtet und ſoll ſich dabei ſelbſt übertroffen haben. Mein Vater, der eine launige Ader hatte, machte, als nach Beendigung des Sermons eine Pauſe eintrat, in welcher der Altmeiſter wegen ſchuldiger Dankſagung ein wenig in Verlegenheit war, — ſich zu Meyerbeer wendend, die Bemerkung: „Gegen Sie iſt Demoſthenes nur ein Stümper geweſen!"

Als Spohr nach Caſſel zurückkam, — es war im Auguſt vor meiner Abreiſe im Herbſte — zeigte ich ihm eine fertig inſtrumentirte Symphonie, die er bereits vor ſeiner Berliner Fahrt im Entwurf gut geheißen hatte. Ein junger Engländer, Horsley, gleichfalls ſein Schüler, hatte in demſelben Genre mit mir rivaliſirt. Zu meiner Freude gab Spohr aber meiner Arbeit den Vorzug, und auch das Publikum ſtimmte ihm darin bei, wie ich dies ſpäter in Sitzilien aus einem kurheſſiſchen Artikel der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" (11. Mai 1846 Nr. 131) erſah; dort las ich: „Ueberhaupt hat ſich Spohr in den hieſigen Konzerten das Verdienſt erworben, Tonſtücke junger Künſtler hier zum erſten Mal zur Aufführung zu bringen, ſo unter anderen die Symphonieen eines jungen Engländers, Horsley,